

Fast 5 Millionen für den Staat, keine 500'000 für die Legalisierung?

Sven Schendekehl



Obwohl man Geld weder essen noch darin wohnen kann, wird es immer wichtiger. Auch politische Organisationen sind davon betroffen. Je weniger Menschen sich in ihrer Freizeit ohne Lohn engagieren, desto wichtiger wird die Fähigkeit, Geld aufzutreiben, um Menschen anstellen zu können.

Als ich 1991 mit einigen FreundInnen anfang, mich um das Thema Kiffen/Legalisieren zu kümmern, war es noch allen klar: Wir leisten diese Arbeit **gratis**, unser Engagement wird nicht bezahlt. Im Gegenteil, wir waren nicht nur unentgeltlich tätig, sondern äufneten an unseren Sitzungen immer wieder mal einen Topf, um dieses Flugli oder jene Aktion zu finanzieren.

Seit 1996 **zahlten** wir dann mindestens die grundlegenden Arbeiten, denn nur so konnten wir es garantieren, dass die Basisarbeiten erledigt wurden: Postfach leeren, Briefe schreiben, Postkonto führen, regelmässig den Treff öffnen. Doch weiterhin kamen einige Aktive dazu, die ohne Lohn arbeiteten. Etwa beim Organisieren von Benefiz-Festen, beim Recherchieren von Themen oder beim Verteilen von Flugblättern.

In den letzten Jahren wurden wir immer **professioneller**. Das meint nicht nur besser, sondern auch, dass ein immer grösserer Teil der geleisteten Arbeitsstunden bezahlt wurde. Das bedeutet, dass immer weniger Menschen bereit waren, gratis für unser Anliegen Frondienste zu leisten. Dafür erhielten wir mehr Spenden und Mitgliederbeiträge. Das ermöglichte erst die grösseren Lohnzahlungen.

Aber unter dem Strich konnten wir nicht viel mehr Arbeitsstunden leisten: Der Rückgang der Freiwilligenarbeit konnte einfach mit Lohnarbeit aufgefangen werden. Es gab also eine **Um-schichtung**, keine Ausweitung.

Einen grossen Vorteil hat die Lohnarbeit natürlich: Die bezahlte Person kann langfristig dran bleiben, sich spezialisieren und das gewonnene

Wissen zusammenfassen und anderen zur Verfügung stellen. Und: Sie ist verpflichtet zu arbeiten, sie hat in einen Arbeitsvertrag mit einem klaren **Leistungsziel** eingewilligt und muss dieses erfüllen.

Der grosse Nachteil ist natürlich, dass das **Geld** der entscheidende Faktor wird: Geht es aus, geht die bezahlte Stelle verloren und es gibt dann keine Struktur mehr, die das auffangen könnte. Denn ein Netz von vielen gratis Arbeitenden, die wie früher die Arbeiten übernehmen könnten, existiert nicht mehr.

Diese Erscheinungen sind nicht nur bei unserem Verein zu sehen, sie ziehen sich wie ein roter Faden durch sehr viele politische, kulturelle und soziale Organisationen. Je länger je weniger Menschen haben Lust auf **Gratisarbeit**. Sie wollen sich nicht mehr in Vereinen, Genossenschaften oder Parteien verpflichten. Lieber spenden sie Geld, damit andere Menschen dann bezahlt arbeiten können.

Allerdings wird der Kampf um diesen **Spendenmarkt** immer härter. Kirchen, Parteien, Hilfswerke, Bürgerbewegungen, Verbände von links bis rechts, von fortschrittlich bis ewiggestrig versuchen, sich einen Teil vom Kuchen abzuschneiden.

Auch der Verein Legalize it! versucht das. Und ich kann sagen, es ist ein Kampf. Jetzt ist wieder ein Jahr zu Ende – es war ein finanziell extrem schwieriges Jahr. Es würde mich nicht wundern, wenn es das **letzte** wäre, in dem wir das Legalize it! in dieser Form herausbringen können. Wieso diese Finanzprobleme? Eigentlich ist das

Legalize it! ein sehr **effizientes** Projekt. Mit weniger als 100'000 Franken pro Jahr geben wir vier Magazine heraus, zahlen eine 60%-Stelle, haben jeden Freitag einen Mitgliedertreff, führen wöchentlich gratis Rechtsberatungen durch. Doch wieso kommen wir einfach nicht über 500 Unterstützende Menschen hinaus? Wieso erreichen wir die 1'000 nötigen Abonnierenden und Mitglieder **nicht**?

Das Interesse ist gegeben, aber es fliesst zu wenig Geld auf unser Konto, damit wir das, was wir tun, stabilisieren können. Geschweige denn ausbauen. Dabei haben wir noch einige Ideen, was alles nötig wäre. Zur Zeit richten wir uns mit unseren Infos und Dienstleistungen vor allem an die kiffenden Menschen – für diese stellen wir Informationen zur politischen Lage und zur rechtlichen Situation zusammen. Die ganze Bevölkerung ist gar nicht unsere **Zielgruppe**.

Doch wenn wir unser Genussmittel wirklich legalisieren wollen, dann müssen wir Millionen von Menschen in diesem Land davon überzeugen. Dafür braucht es dann aber nicht 100'000 Franken im Jahr, sondern eher eine solche Summe pro Monat. Denn nach wie vor haben viele Menschen unglaubliche **Angst** vor dem Kiffen. Deshalb gibt es ja auch das Verbot. Aufklärung wäre also nötig. Doch das kostet Zeit, Nerven und eben: Geld. Denn man müsste eine professionelle PR-Kampagne führen in unserem Land.

Doch eine solche muss man planen, die geeigneten Menschen dafür finden und dann über Jahre gemeinsam dran bleiben. Und wer kann

und will das schon über Jahre hinweg unbezahlt tun?

Das **Geld** wäre grundsätzlich vorhanden, keine Frage. Wenn 500'000 Menschen in der Schweiz ab und zu oder regelmässig kiffen, kann man davon ausgehen, dass sie dafür 500 Millionen Franken pro Jahr aufwenden. Es leben ja auch viele tausend Menschen vom (illegalen) Verkauf von Gras und Hasch, denn von diesen 500 Millionen sind sicher 150 Millionen Marge der HändlerInnen. Wenn sie das Gras selber produziert haben, dann ist ihre Marge noch höher. Da hat es doch Geld? Doch diese Leute haben zum allergrössten Teil wirklich kein Interesse, dass unser Genussmittel legal wird: Sie profitieren von der heutigen Situation. Nur dank der **Illegalität** haben sie ihren Job. Würde Coop ins Cannabisgeschäft einsteigen oder die Kiosk AG, dann wären die heutigen Dealer zum allergrössten Teil ihren Job los. Wieso sollten sie dann für eine Legalisierung zahlen?

Und die **Konsumierenden**, die ja die halbe Milliarde Franken pro Jahr für ihre Joints, Wasserpfeifen, Chillums und neuerdings Ballone ausgeben: Da müsste doch eigentlich ein Beitrag an die Legalisierungsbemühungen drin liegen? Doch auch hier gibt es einige Konsumierende, die von der Illegalität **profitieren**. Wer zum Beispiel beim Dealer immer fünf Säckchen kauft, und vier davon seinen KollegInnen weiterverkauft und dies zu einem höheren Preis, so dass sein Säckchen dann gratis ist – nun, der hätte diese Möglichkeit nach einer Legalisierung, wenn man in jedem Supermarkt Hasch und Gras

einkaufen könnte, nicht mehr. Also wieso sich für eine Änderung einsetzen?

Doch immerhin die grosse Masse der Konsumierenden, die müsste doch ein **Interesse** haben, oder? Nun, grundsätzlich hätten die meisten Kiffenden nichts einzuwenden gegen feinste Qualitäten, die an sauberen Orten zu vernünftigen Preisen ohne Angst vor Polizei und Justiz gekauft werden könnten. Doch sich dafür einsetzen scheint nur den wenigsten wirklich wichtig zu sein. Lieber setzt man seine Energien, seine Zeit und sein Geld für ein neues Piece, ein paar frische Blüten ein. Und dann braucht man seine Zeit, um die THC-Produkte auch zu **geniessen**. Grundsätzlich finde ich das auch kein verwerfliches Tun – das Problem ist einzig, wenn sich nicht mehr Leute bewegen oder das Portemonnaie zücken, dann wird wirklich nichts aus einer Verbesserung unserer rechtlichen Lage.

Denn die **Gegnerschaft** gibt es. Und auch wenn ihre «Argumente» gegen eine Legalisierung auf den Müllhaufen gehören, so sind sie doch nach wie vor viele Menschen. Und das Verbot bedeutet ihnen wirklich etwas. In ihrer verschrobene Sichtweise aufs Leben ist das Verbot von Cannabis etwas ganz Wichtiges. Denn das Leben zu geniessen, vielleicht auch einmal langsamer zu werden – das passt ihnen einfach nicht. Es ist ihnen äusserst **wichtig**, dagegen zu sein. Sie wollen letztlich, dass alle nach ihren obskuren Weltansichten leben. Wir sind da übrigens einiges liberaler: Wir wollen ja gar nicht, dass alle kiffen oder so leben wie wir. Wir wollen einfach in Ruhe gelassen werden bei unserem Tun, das

niemand anderen schädigt. Die Gegnerschaft ist also organisiert, und es ist ihnen wichtig. Wenn wir nicht die gleiche Entschlossenheit und Schlagkraft entwickeln, dann kann man eine **Legalisierung** vergessen. Sie kommt nicht einfach so – man muss sie erkämpfen. Oder anders gesagt: Wenn eine halbe Million Menschen, die pro Jahr eine halbe Milliarde Franken für ihr Genussmittel aufwendet, nicht fähig ist, ein Promille davon (oder **einen Franken pro Kopf**) in den Kampf für eine Legalisierung zu investieren – tja, dann haben wir es vielleicht wirklich nicht verdient, legal kiffen zu dürfen?

Es geht tatsächlich, und das nervt mich sehr, nur um einen sehr kleinen Teil der jährlichen Kiffausgaben: Ein Promille ist ein Tausendstel. Das wären 500'000 Franken von 500'000'000. Himmel noch mal: **Wieso** ist das nicht möglich? Liegt es an den Kiffenden? Liegt es an den bisherigen Projekten?

Alleine für die **Bussen** geben wir Kiffende pro Jahr gegen 5'000'000 Franken aus (vom beschlagnahmten Material wollen gar nicht erst reden). Da stehen mir doch die Haare zu Berge! Wenn wir dem Staat 5 Millionen pro Jahr abliefern, sollte uns doch die Legalisierung wenigstens 0.5 Millionen wert sein. Oder was sehe ich da falsch? Wie können wir die Kiffenden davon überzeugen, ein Promille ihres Konsums für die Legalisierung, für Rechtsberatungen und eine PR-Kampagne für ein besseres Image des Kiffens locker zu machen? Vorschläge an: Legalize it!, Pf. 2159, 8031 Zürich oder li@hanlegal.ch.